

Wohngeld kürzen, Rüstung stärken

Bundesbauministerin Hubertz will Mietzuschuss zusammenstreichen. Mieterverbände, Linke und BSW warnen vor sozialen Folgen. **Von Oliver Rast**



Gefährdeter Wohnraum: Fast die Hälfte der Wohngeldbezieher sind Familien, darunter viele Alleinerziehende

Das ist doch logisch, oder? Wenn der Kriegsetat im Bundeshaushalt steigt, sinkt das Sozialbudget. Aber nicht einfach so – beides ist hausgemacht, politisch gewollt. Neuester Clou: »Einsparvorgaben« beim Wohngeld. Demnach plant Bundesbauministerin Verena Hubertz (SPD), den Ausgabenposten um eine Milliarde Euro zu kürzen, berichtete *dpa* am Mittwoch – mittels »Neustrukturierung«.

Und das schon im kommenden Jahr. Details stünden aber noch aus, so ein Ministeriumssprecher. Er verwies auf die vom »schwarz-roten« Bundeskabinett eingesetzte Sozialstaatskommission. Die Kommissionsmitglieder hatten bereits eine Bündelung staatlicher Leistungen – darunter das Wohngeld – angeregt.

Bärbel Bas (SPD) bestätigt dies – und erklärte am Dienstag beim Tag der Jobcenter in Berlin, Grundversicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag in einem System zusammenführen zu wollen. Damit solle es für Anspruchsberechtigte künftig nur noch eine zentrale Anlaufstelle geben, so die Bundesarbeitsministerin. Ein Konzept werde bis Herbst erarbeitet, die Gesetzgebung solle bis Ende 2027 stehen. Was als Verwaltungsreform verkauft wird, wirkt jedoch wie eine Drohkulisse – nichts anderes.

Denn in Deutschland sind aktuell rund 1,2 Millionen Menschen auf Wohngeld angewiesen. Den Zu-

schuss erhält man, wenn Lohn oder Rente nicht für die Miete reichen. Das sind im Schnitt etwa 370 Euro pro Haushalt. Fast die Hälfte der Wohngeldbezieher sind Familien – darunter überdurchschnittlich viele Alleinerziehende. In gut jedem zweiten Haushalt wohnen Rentner. Gerade vor diesem Hintergrund wiegt das Spardiktat von Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) schwer. Insgesamt stehen Hubertz im nächsten Haushalt 8,3 Milliarden Euro zur Verfügung. 2025 gab der Bund rund 2,49 Milliarden Euro für das Wohngeld aus; die Länder trugen etwa denselben Betrag. Ob die vorgesehene Kürzung beim Mietzuschuss ausreicht, um das Milliardenziel zu erreichen, ist sowieso nur eines: unklar.

Klar hingegen ist: »Wer das Wohngeld fast halbiert, verdoppelt den Druck auf diejenigen, die ohnehin kaum über die Runden kommen«, betonte Mayra Vriesema (Grüne) am Mittwoch auf *jW*-Nachfrage. Dieser Zuschuss sei eine unverzichtbare Sozialleistung, die Betroffene direkt spürbar im Alltag entlaste, so die Berichterstatterin für Wohngeld ihrer Bundestagsfraktion. Das weiß auch Joachim Rock. Mehr als 18 Millionen Menschen leben hierzulande in Wohnarmut, sagte der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes gegenüber *jW*. Die Gründe etwa: fehlende Sozialwohnungen und ein schlecht regulierter Mietmarkt. Die Mieter zahlten »die Rechnung für wohnungspolitische Versäumnisse«.

Was sagen Mieterorganisationen? Eine Wohngeldreform dürfe nicht dazu führen, »dass Leistungen sinken oder Anspruchsberechtigte schlechter gestellt werden«, forderte die Präsidentin des Deutschen Mieterbundes, Melanie Weber-Moritz, gegenüber dem *RND*. Entscheidend sei, dass das Wohngeld als eigenständiger Zuschuss erhalten bleibe und sich weiterhin an den Wohnkosten orientiere.

Wohngeldkürzungen wären für viele Haushalte eine unzumutbare Belastung – »deshalb lehnen wir die Pläne ab«, sagte auch Rainer Balcerowiak am Mittwoch zu *jW*. Aber, betont der Pressesprecher der Berliner Mietergemeinschaft, diese Art der Subjektförderung löse das Grundproblem nicht. Ein strikter Mietendeckel sei das wirksamste Mittel, »um bezahlbare Mieten für alle Haushalte zu ermöglichen – und zwar ohne staatliche Subventionen für zu hohe Mieten«.

Das ließe sich alles gegenfinanzieren, versicherte Sahra Mirow (Linke) gegenüber *jW*. Wie? Durch eine Vermögenssteuer für Superreiche. Mittel, die gezielt für den Sozialwohnungsbau eingesetzt werden könnten, so die Fraktionsexpertin. Statt dessen setzt das Bundeskabinett den Rotstift beim Wohngeld an. Oliver Ruhnert, BSW-Generalsekretär, zu *jW*: »Das ist ein Verarmungsprogramm für das Land.« Die logische Folge politischer Prioritäten: Kriegsausgaben hoch, Sozialausgaben runter.

US-Außenminister zu Kubas Energiekrise

Ölblockade weggeredet

US-Außenminister Marco Rubio verhält sich wie jemand, der erwartet, wenn er nur oft genug behauptet, der Mond sei aus Käse, würde man es ihm irgendwann glauben. »Es gibt keine Ölblockade gegen Kuba an sich«, verkündete er am Dienstag. Nur vier Tage zuvor hatte er die Ausweitung von Zwangsmaßnahmen gegen Kubas Energiesektor mit dem Vorwurf begründet, Havanna dulde »Aktivitäten gegnerischer Geheimdienste« auf der Insel. Die zusätzlichen sekundären Sanktionen verschärfen eine am 29. Januar von Donald Trump unterzeichnete Exekutivverordnung, die es allen Ländern untersagt, Brennstoffe nach Kuba zu liefern. Seit dem 1. Mai wird auch jeder in diesem Bereich tätigen Person und jedem Unternehmen, das mit staatlichen Stellen in Havanna kooperiert, eine vollständige Sperrung aller Vermögenswerte in den USA angedroht.

Dennoch erklärte Rubio: »Die einzige Blockade, die es gibt, ist, dass Venezuela den Ölfluss nach Kuba unterbrochen hat.« Den USA damit zugleich das Eigentum an venezolanischem Rohöl zuschreibend, fügte er hinzu: »Ich meine, die Venezolaner haben beschlossen, dass wir Kuba kein kostenloses Öl mehr geben.« Die Verantwortung für die Energiekrise läge einzig und allein in Havanna. »Ihr Wirtschaftsmodell funktioniert nicht, und der Grund, warum sie es nicht in den Griff bekommen, ist nicht nur, dass sie Kommunisten sind – was schon schlimm genug ist –, sondern dass sie inkompetente Kommunisten sind.«

Sein Chef hatte erst am Freitag angedroht, den Flugzeugträger USS »Abraham Lincoln« 100 Yards vor Kubas Küste zu positionieren. Abgeordnete der US-Demokraten fürchten, dass der Präsident die Besetzung der Insel als zentralen Bestandteil seines Vermächtnisses anstrebt. Er könne nicht einschätzen, ob Trump »in seinem Kopf glaubt, die Wiedergeburt von Dschingis Khan, Napoleon und Alexander dem Großen zu sein«, warnte Senator Sheldon Whitehouse.

Rubio ließ sich derweil schon mal im Hauptquartier des US-Südkommandos mit dessen Kommandeur vor einer Karte Kubas fotografieren und das Bild verbreiten. Er fand, »es wäre eine gute Idee, ein Foto vor dieser Karte zu machen, da es der nächstgelegene Ort innerhalb der Zuständigkeit des Südkommandos ist«, witzelte er und drohte zugleich: »Wir haben 90 Meilen vor unserer Küste einen gescheiterten Staat, der ein freundliches Territorium für unsere Gegner ist. Das ist ein inakzeptabler Status quo, und wir werden uns damit befassen.« **Volker Hermsdorf**

junge Welt wird herausgegeben von 3.063 Genossinnen und Genossen (Stand 7.11.2025)

➔ www.jungewelt.de/lpg

Sozialraub → 5

Immer mehr Pflegebedürftige. Doch Ministerium plant Leistungskürzungen bei Betroffenen

Freundschaftsbesuch → 4

Vor Israels Waffen »demütig«: Außenminister Wadephul empfängt Amtskollegen Saar in Berlin

Protestpotential → 15

»Verdi verhandelt Tarifverträge wie in den 1950er und 60er Jahren«. Interview mit Orhan Akman



4 198625 902505